



JAHRESBERICHT 1999/2000

**Verein der
Bayerischen
Chemischen
Industrie e. V.
VBCI**

**Verband der
Chemischen
Industrie e. V.
Landesverband
Bayern**

Innstraße 15, 81679 München
Telefon 089/92 69 10, Telefax 089/9 26 91 33

Chemieabschluss prägt Tarifrunde 2000

Am 9. Januar 2000 vereinbarte man im "Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit" zur Tarifpolitik, dass sie beschäftigungswirksam auszurichten, längerfristig anzulegen und am Produktivitätszuwachs zu orientieren sei. Zwei Tage später gab die IG Metall ihre Forderungsvorstellungen in einer Größenordnung von 5,5 % bekannt - eine Ohrfeige für die Politik im Hinblick auf das Bündnis und ein Beweis für wirtschaftliche Unvernunft. Schon 1999 präjudizierte Metall mit dem zu hohen Abschluss das Tarifgeschehen in unserer Republik - diese Gefahr bestand auch heuer.

In einer zeitlich weit vorgezogenen Tarifrunde erzielten die Chemie-Sozialpartner am 22. März 2000 ein Ergebnis, das in den Medien als zukunftsweisend und vorbildlich bewertet wurde. Durch die Tarifführerschaft in der Chemie wurden positive Signale für die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigung am Standort gegeben. Der Gesellschafts- und Tarifpolitische Ausschuss (GTA) unter Vorsitz von A. Franz befasste sich vor den Verhandlungen genauso intensiv mit sämtlichen Themen wie der Sozial- und Personalpolitische Ausschuss (SPA) unter Vorsitz von H. Friedmann.

Der SPA ist nach wie vor der Ausschuss, der im ca. zweimonatigen Rhythmus tagt und alle maßgeblichen sozial-, arbeits- und tarifpolitischen Sachkomplexe in einer außerordentlich vertrauensvollen Atmosphäre behandelt.

Die Tarifentgelte und Ausbildungsvergütungen werden für die ersten zwölf Monate um 2,2 % und für die dann folgenden neun Monate um 2 % erhöht. Mit den damit festgelegten 21 Monaten Laufzeit besteht für die Unternehmen Planungssicherheit. Mit der avisierten Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes um 10 % bis Ende 2002 (Basis 1998) wurde die Bedeutung der Ausbildung für den Chemiestandort Deutschland unterstrichen. Mit einer neuen Initiative "Start in den Beruf" eröffnet man Schulabgängern mit und ohne Hauptschulabschluss eine Eingliederung in das Berufsleben. Auch die Einstiegstarife für Langzeitarbeitlose wurden erneut vereinbart. Entgegen der nicht finanzierbaren Rente mit 60 setzen die Chemie-Sozialpartner weiterhin auf die Altersteilzeit - der Tarifvertrag wurde an das ab 1. Juli 2000 in Kraft tretende, neue Altersteilzeitgesetz angepasst, ferner erhalten vorzeitig in Rente gehende Arbeitnehmer als Teilausgleich für die versicherungsmathematischen Rentenabschläge am Ende ihrer Altersteilzeit eine im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen steuerfreie, nach klaren Kriterien definierte und zu errechnende Abfindungszahlung. Mit der auf DM 1.200,-- aufgestockten zusätzlichen Altersvorsorge kann eine kapitalgedeckte Zusatzvorsorge in respektablem Größenordnung erzielt werden. Ein neues Terrain ist auch die Öffnungsklausel zur Sicherung der Beschäftigung oder Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber tarifkonkurrierenden Bereichen. Das Konglomerat von Möglichkeiten im Rahmen der Chemie-Tarifverträge, die das starre und engmaschige Tarifgeflecht lockern, wurde um einen weiteren Reformbaustein erweitert. Der Bundesentgelttarifvertrag, eine seit vielen Jahren von Arbeitgeberseite als dringend lösungsbedürftig bezeichnete Materie, wird ab dem 2. Halbjahr 2000 neu verhandelt.

Die nur stichwortartig aufgezeigten Sachthemen dokumentieren nicht nur den weit gespannten Bogen der tarifvertraglichen Regelungen, sondern auch die Flexibilität der Tarifverträge in der Chemie. Dies sollten auch diejenigen Kritiker zur Kenntnis nehmen, die selbst keine Verantwortung für Abschlüsse tragen.

Angesichts der Entwicklung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, der Globalisierung der Wirtschaft und der besonderen Situation in den neuen Bundesländern ist die weitere Umstrukturierung des Flächentarifvertrages unverzichtbar, um das bisher erfolgreiche deutsche Modell der Tarifautonomie zu erhalten. Die Chemie-Sozialpartner bekennen sich zur Reformnotwendigkeit und -fähigkeit und praktizieren dies auch. Die Tarif- und die Betriebsautonomie stehen in einem Spannungsverhältnis, schließen sich aber gegenseitig nicht aus. Die von den Chemie-Tarifpartnern beschrittenen Wege mit Differenzierung und Flexibilisierung der tariflichen Arbeits- und Entgeltbedingungen dokumentieren die Kombination von notwendigen Rahmenbedingungen mit erforderlichen Ausgestaltungs Kompetenzen für die Betriebe. Neu ist die Öffnungsklausel für tarifkonkurrierende Bereiche im Rahmen des Chemieabschlusses 2000. Mit Zustimmung der Tarifparteien ist es möglich, die Chemietarife per Betriebsvereinbarung an das Niveau konkurrierender Tarife anzupassen. Im Einzelfall sind zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit auch firmenbezogene Verbandstarifverträge denkbar. Die Herausforderungen des Marktes können dadurch mit systemimmanenten Lösungen angegangen werden.

Der Chemieabschluss 2000 war nicht nur wegen der Tarifführerschaft entscheidend, sondern wirkte auch als Katalysator für neue gewerkschaftliche Positionen. IG-Metall-Chef Zwickel plädiert für differenzierte Tarifverträge und macht sich via Pensionsfonds und Aktien für eine stärkere Beteiligung der Beschäftigten am Kapital stark. DGB-Vorsitzender Schulte plädierte letztes Jahr noch für die 30- bzw. 32-Stunden-Woche und stellt nun die Frage, inwieweit die Gewerkschaften nicht auch die 50-Stunden-Woche zulassen sollten. IG-BCE-Chef Schmoldt fordert leistungsbezogene Entlohnungsarten in Form von Aktienoptionen oder Einlagen in Pensionsfonds. Bewusst wurde man sich plötzlich, dass der Mangel an IT-Spezialisten und Facharbeitern Wachstum und Aufschwung hemmt und eine Umverteilung der Arbeit schlicht von alt auf jung nicht ausreicht, sondern dass eine Arbeit von bestimmter Qualität benötigt wird, um den Anschluss an die neue Ökonomie nicht zu verpassen. Dies sind Zeichen, dass der DGB und die starre IG Metall auf dem Weg sind, von Besitzstandswahrung, Verteilungsdanken und alten Klassenkampfidologien Abstand zu nehmen. Kriterien wie termingerechte Abwicklung von Aufträgen, Kundenzufriedenheit, Qualität und Servicebereitschaft müssen in Zukunft verstärkt Maßstäbe für Lohnsysteme sein. Das Kapital ist in Europa mobiler geworden. Weder Inflationsdifferenzen noch Wechselkursrisiken hindern die Unternehmen heute daran, ihre Produktion an beliebige Standorte innerhalb von EURO-Land zu verlagern.

Die Tarifabschlüsse 2000 sind angemessene, situationsgerechte und akzeptable Kompromisse, die die Reformfähigkeit der Tarifpolitik unter Beweis stellen. Die zukünftige Tarifbrille muss den Blick auf internationale Gegebenheiten und Entwicklungen öffnen - damit wird man bei den erforderlichen tarifpolitischen Strukturreformen weiter vorankommen. Die Sozialpartner in der Chemie dürfen sich nicht auf den anerkannten, erreichten Innovationen ausruhen, sondern müssen am Reformkurs festhalten. Dann hat der Flächentarifvertrag auch Zukunft.

Für die bayerische chemische Industrie war 1999 ein schwieriges Jahr, in dem erst in den letzten Monaten ein Aufwärtstrend zu verzeichnen war. Der Inlandsumsatz lag zwar um 1,2 % über dem Vorjahreswert, beim Auslandsumsatz verzeichnete man aber ein Minus von 4,9 %. Daraus ergab sich ein Umsatzrückgang von 1,4 % im gesamten Jahr (Bund: + 1,4 %), wobei sich die Situation sukzessive über die Quartale hin verbesserte. Parallel dazu war auch die Produktionsentwicklung gegen Jahresende nach oben gerichtet, die Erzeugerpreise zeigten einen sachten Aufwärtstrend. Die Zahl der Beschäftigten lag mit rund 59.000 AN um 1,4 % unter dem Vorjahreswert (Bund: - 1,9 %, 457.000 AN).

Die schwierige Entwicklung bei Chemiefasern setzte sich fort. Der Umsatz reduzierte sich 1999 um weitere 8,9 % - von rund 6.800 Beschäftigten verloren in dieser Sparte fast 400 Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz. Auch die in Bayern vom Umsatz her zweitstärkste Sparte, die Herstellung von Kunststoffen in Primärformen, büßte 8,5 % beim Umsatz ein. Sie erzielte mit 3,2 % weniger Beschäftigten (ca. 7.900 AN) einen Jahresumsatz von knapp 3,4 Mrd. DM. Genauso wie bei den Chemiefasern fiel hier insbesondere der stark zurückgegangene Auslandsumsatz ins Gewicht, der in diesen beiden Sparten deutlich über dem Inlandsumsatz liegt. Die in Bayern umsatzstärkste Branche innerhalb der chemischen Industrie, die Herstellung pharmazeutischer Produkte, konnte ihren Umsatz geringfügig um 2,1 % ausweiten - sie erlöste mit 9.650 Mitarbeitern, das sind im Jahresdurchschnitt 4,7 % mehr als im Vorjahr, gut 3,7 Mrd. DM. Anorganische und organische Grundstoffe konnten im Jahresdurchschnitt um 4,8 bzw. 8,9 % zulegen. Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte erzielten ebenfalls ein positives Wachstum, während Duft- und Körperpflegemittel auch wegen des deutlichen Rückgangs beim Export 5,6 % vom Umsatz verloren.

Der Start in das Jahr 2000 ist verheißungsvoller. Im 1. Quartal 2000 legte die bayerische chemische Industrie um 12,5 % beim Umsatz zu; der Beschäftigtenstand ist unverändert. Angesichts positiver Perspektiven für die Weltwirtschaft und Deutschland geht die Branche überwiegend mit Optimismus in den weiteren Verlauf des Jahres 2000.

Der Vorstand und die Wirtschaftspolitischen Gremien unter Vorsitz von Professor Dr. W. Simson haben sich in vielfältigen politischen Kontakten und gegenüber der Öffentlichkeit für standortverbessernde Aktivitäten eingesetzt und Maßnahmen zum intensiveren Know-how-Transfer von den Hochschulen zu den Unternehmen, zur Unterstützung junger Unternehmensgründungen sowie zur Förderung des Chemikernachwuchses eingeleitet.

Der Landesverband Bayern des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie e. V. unter Vorsitz von W. Sassenrath hat im Dialog mit Vertretern der Politik und mit im Gesundheitswesen aktiven Organisationen die Vorstellungen der Branche erörtert und sich besonders für mittelstandsverträgliche Regelungen des Gesetzgebers eingesetzt.

Die Bezirksgruppe Bayern des Verbandes der Lackindustrie hat unter Vorsitz von B. Fritzsche neben den traditionellen Stammtischen zu wirtschaftspolitischen Fragestellungen die Reihe der technischen Stammtische fortgesetzt.

Das wissenschaftliche Leistungspotenzial der Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen für die chemische Industrie verstärkt nutzbar zu machen, war und ist das Ziel verschiedenster Initiativen der Bayerischen Chemieverbände. Traditionell stellten dabei Universitäten ihre Möglichkeiten und Forschungsthemen den Firmen vor, die so ihre Partner finden konnten.

Einen völlig neuen Ansatz verfolgten die Bayerischen Chemieverbände mit ihrer "Themenbörse Forschung". In vielen Gesprächsterminen und mit einer Umfrage bei allen Unternehmen wurden Themen identifiziert, die in den einzelnen Häusern aus verschiedenen Gründen nicht angegangen werden konnten, deren Verfolgung und wissenschaftliche Aufarbeitung aber für die einzelnen Firmen als besonders wichtig und interessant erschienen. 57 Fragestellungen wurden schließlich im Dezember 1999 an alle Universitäten und Forschungseinrichtungen in Bayern verschickt. Die Chemieverbände hatten angeboten, die Kontakte zwischen interessierten Forschern und den in der Regel durch eine Code-Nummer anonymisierten Firmen herzustellen. Dieses Procedere war nötig, da viele Firmen durch öffentliche Bekanntgabe ihrer Forschungsziele bzw. ihrer damit in Zusammenhang stehenden, noch offenen Fragen Wettbewerbsnachteile fürchteten. 37 Anfragen und Angebote wurden mittlerweile vermittelt, viele Mitgliedsfirmen boten Forschungskapazität bzw. Know-how zu Fragestellungen anderer Firmen an. Der Arbeitskreis Forschung - Bio- und Gentechnik, Katalyse unter Vorsitz von Dr. R. Staudigl begleitete das Projekt fachlich.

Einen anderen Weg zum Know-how-Transfer zwischen Universitäten und bayerischer chemischer Industrie wollen die Verbände mit einem beschäftigungspolitischen Ansatz verbinden. Heute wirbt die chemische Industrie bereits wieder für die Aufnahme des Chemiestudiums, da ein zukünftiger Mangel prognostizierbar ist. In der Vergangenheit hatten aber mehr diplomierte und promovierte Chemiker die bayerischen Universitäten verlassen, als vom Arbeitsmarkt absorbiert werden konnten. Das Anforderungsprofil in den Unternehmen, insbesondere beim Mittelstand, geht stärker in Richtung Generalist. Deswegen sollen in einem gerade anlaufenden Projekt arbeitslose Diplom-Chemiker in Betriebs- und Volkswirtschaft, in Menschenführung und Teamfähigkeit gemeinsam mit den beruflichen Fortbildungszentren, Universitäten und Arbeitsverwaltung geschult und durch die gleichzeitige Einbindung in die betriebliche Arbeit der Praxisbezug sichergestellt werden. In den Unternehmensprojekten auftretende Fragestellungen könnten dann mit Hilfe des Universitäts-Know-how gelöst werden. Gestartet wird das Projekt zunächst gemeinsam mit der Technischen Universität München, deren Präsident Prof. Dr. W. A. Herrmann gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Bayerischen Chemieverbände, Prof. Dr. W. Simson, zu seinen Initiatoren zählt.

Dem Dialog mit der Öffentlichkeit und die Darstellung unserer Branche in ihrer Vielfalt und ihren modernen Ausprägungen widmete sich der Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit und der Kreis der PR-Beauftragten jeweils unter dem Vorsitz von M. Baltisberger, so z. B. durch die Vorbereitung des bundesweiten Tages der offenen Tür, der in Bayern mit über 64.000 Besuchern eine besonders erfreuliche Resonanz fand. Der erneute Einsatz des BioTech mobilis wurde auf Grund des regen Interesses durch einige Mitgliedsfirmen unter Federführung der Verbände ermöglicht.

Neue Wege bei Arbeitsschutz und Anlagensicherheit

Die chemische Industrie betrachtet Sicherheit sowie Schutz von Mensch und Umwelt als Anliegen von fundamentaler Bedeutung. Mit ihrem Responsible-Care-Konzept hat sich die Branche zum Schutz der Mitarbeiter, Nachbarn, Kunden, Verbraucher und der Umwelt verpflichtet, kontinuierlich die Gefahren und Risiken ihrer Produkte bei Herstellung, Lagerung, Transport, Vertrieb, Anwendung, Verwertung und Entsorgung zu verbessern. Inhalt dieser Verpflichtung ist auch, bei betriebsbedingten Gesundheits- oder Umweltgefahren die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten und dabei in enger Abstimmung mit den Behörden zu arbeiten.

Der technische Arbeitsschutz hat in der chemischen Industrie in Deutschland einen hohen Standard erreicht. Technische Ursachen von Unfällen und arbeitsbedingten Erkrankungen werden immer besser beherrscht. Damit treten Organisations-, und Verhaltensmängel in den Vordergrund. Hier setzen Managementsysteme an. Sie sind das bewährte Handwerkszeug der Unternehmen. Sie haben ihre Leistungsfähigkeit im Markt erfolgreich bewiesen. Die Firmen übernehmen damit verstärkt Eigenverantwortung und eröffnen dem Staat Deregulierungsmöglichkeiten. Die bayerische chemische Industrie beteiligte sich deshalb engagiert an einem gemeinsamen Projekt mit der bayerischen Gewerbeaufsicht, möglichst praxisnah Vorstellungen für ein integrierbares Arbeitsschutz- und Anlagensicherheits-Managementsystem zu erarbeiten. Das Ergebnis dieser Zusammenarbeit liegt seit Herbst 1998 als Broschüre "OHRIS - Managementsysteme für Arbeitsschutz und Anlagensicherheit" vor. Bis zum Frühjahr 2000 haben die ersten 21 Firmen, alle Mitglieder der Bayerischen Chemieverbände, OHRIS in ihr Managementsystem eingeführt und nach Anerkennung durch die Gewerbeaufsicht durch eine Urkunde des bayerischen Arbeitsministeriums bestätigt bekommen.

OHRIS erfüllt die Zielsetzungen des Gesetzgebers wirksam und gleichwertig. Damit ist die Substitution ordnungsrechtlicher Vorgaben möglich. Die Standorte haben von der Gewerbeaufsicht eine Liste derjenigen Pflichten erhalten, die nunmehr durch die Teilnahme an OHRIS entfallen werden. Die von den Unternehmen übernommene Eigenverantwortung wird dadurch honoriert.

In einer Arbeitsgruppe des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit, hat ein Expertenteam aus Verband und Mitgliedsfirmen federführend an der Ermittlung von Deregulierungs- und Substitutionsvorstellungen mitgewirkt. Über 400 einzelne Vorgaben zu Meldung und Dokumentation, Kontrolle und Überwachung wurden auf ihre Notwendigkeit und Substituierbarkeit geprüft. Daraus resultiert ein Vorhaben für eine Bundesrats-Initiative der Bayerischen Staatsregierung.

Der Arbeitskreis Umweltfragen des Landesverbandes Bayern koordinierte unter Leitung von Dr.-Ing. E. Sommer diese Aktivitäten ebenso wie das Engagement zur weiteren Umsetzung vereinbarter Deregulierungs- und Substitutionsmaßnahmen in den Bereichen Emissionsschutz, Abfallvermeidung und -entsorgung sowie Gewässerschutz.

Der Arbeitskreis Energiepolitik unter Leitung von H. Gehrcke, ab März 2000 von V. Woyke, befasste sich mit dem Thema "Liberalisierung der Gasmärkte" und führte im Rahmen einer Bestandsaufnahme einen Industriestrompreisvergleich durch.

Unabdingbar für eine zukunftsverträgliche Entwicklung ist das Prinzip der Nachhaltigkeit, also ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Ziele gleichrangig zu verfolgen. Unter Wahrung der sozialen Leistungsfähigkeit und der Chancen für die nachfolgenden Generationen auf wirtschaftliche Entwicklungen sollte die Umwelt nicht über ihre eigene Regenerationskraft hinaus in Anspruch genommen werden.

Diese weltweite Initiative soll auch im Nachfolgepakt zum im Herbst 2000 auslaufenden Umweltpakt Bayern ihren Niederschlag finden. Die Festlegung gemeinsamer Ziele im Sinne der Nachhaltigkeit ist derzeit Gegenstand intensivster Beratungen zwischen Politik, Verbandsspitzen, Behördenvertretern und Experten aus Mitgliedsunternehmen. Wie schon im Umweltpakt Bayern vor fünf Jahren ist dabei das Engagement der chemischen Industrie wieder besonders ausgeprägt. Die Wirtschaft stellt sich vor, dass die Paktpartner im eigenen Bereich Maßnahmen definieren und mit eigenen Mitteln die vereinbarten Ziele ansteuern, begleitet von einem gemeinsamen Controlling und einem evtl. nötigen Nachjustieren. Es sind keine Tarifverhandlungen zu führen, sondern gemeinsam von beiden Seiten trennende Gräben zuzuschütten. Vorgeesehen ist, den Nachfolgepakt direkt mit dem Ablauf des Umweltpakts Bayern im Oktober 2000 für eine weitere fünfjährige Periode abzuschließen. Die chemische Industrie trägt u.a. mit ihrer Teilnahme an der freiwilligen Responsible-Care-Initiative, aber auch mit der Selbstverpflichtung, bis zum Jahr 2005 ihren Kohlendioxidausstoß um 30 % zu reduzieren, maßgeblich zu den Leistungen der Industrie in diesem Pakt bei.

Sowohl bei der Einführung von neuen Regulierungen als auch bei der Anwendung von schon länger geltenden Gesetzen gibt es im Vollzug immer wieder Klärungsbedarf zwischen Behörden und Wirtschaft. Solche Probleme konnten im Gesprächskreis "Expertendialog Umwelt VCI/vbw" einer einvernehmlichen Lösung zugeführt werden. In diesem Gremium arbeiten Firmenexperten mit einem Vertreter des Umweltministeriums zusammen an den auftauchenden Problemen. Auch identifizierte Deregulierungsmöglichkeiten werden in diesem Kreis verfolgt.

Die Umsetzung neuer, in der Regel bundesrechtlicher Gesetze und Verordnungen in den Unternehmen begleitete der Verband mit Informationsveranstaltungen, so zur neuen Störfallverordnung, zu Änderungen im Wasserrecht und zur neuen Verpackungsverordnung.

Mit größter Aufmerksamkeit werden von der Chemie derzeit Vorstellungen der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments zu einer geänderten Chemikalienpolitik registriert - ein Positionspapier zu der Gesamthematik liegt vor. Die chemische Industrie stellt sich in ihrer Funktion als Schlüsselindustrie den Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung und wird ihren Beitrag dazu leisten. Dazu nötig ist aber der Erhalt der internationalen Wettbewerbs- und ihrer Innovationsfähigkeit - sie sind durch die aktuellen Vorstellungen, die von Repräsentanten von Mitgliedsstaaten ohne bedeutende chemische Industrie in die EU eingebracht werden, gefährdet. Frau Wallström, EU-Kommissarin, formulierte in einem Umweltausschuss-Hearing im Herbst des vergangenen Jahres: "Es ist eine Herkules-Aufgabe, den Chemiestall der EU auszumisten". Diese Aussage bedarf keiner Erläuterung. Zwingend ist aber, die Interessen der Branche in dieser existenziellen Frage ganz massiv sowohl in Brüssel wie auch Berlin zu vertreten.

Die Industriegesellschaft wandelt sich zur Informations- und Kommunikationsgesellschaft, Globalisierung ist das Schlagwort für eine weltweite wirtschaftliche Umstrukturierung, die EU bedingt weiträumiges politisches und wirtschaftliches Denken und Gestalten - damit sind Reformen in der gesamten beruflichen Bildung eine zwingende Folge. Deutschland als Hochlohnland besteht nur dann im internationalen Wettbewerb, wenn Spitzenqualität der Produkte und Leistungen sowie eine hohe Innovationsfähigkeit erreicht und sichergestellt werden können. Notwendigkeit hierfür sind ausgezeichnete Qualifikationen der Fach- und Führungskräfte. Die Anforderungsprofile in den einzelnen Berufsbereichen in Bezug auf Wissen und Können nehmen an Breite und Tiefe zu. Voraussetzung für einen Einstieg in die Arbeitsgesellschaft ist eine gute Berufsausbildung - ihr ist damit ein hoher wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Stellenwert zuzuordnen. Die berufliche Weiterbildung ist sowohl für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wie auch für die berufliche Entwicklung des Einzelnen ausschlaggebend. Investitionen in das Humankapital sind genauso wichtig wie Sachinvestitionen - die deutschen Unternehmen haben dem Rechnung getragen und in den letzten Jahren jeweils über 35 Mrd. DM für die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter aufgewendet.

Für die Chemieindustrie erfolgt eine Neuausrichtung der Berufsausbildung im Laborbereich, die am 1. August 2000 in Kraft tritt. Der Arbeitskreis Berufsausbildung unter Vorsitz von Dr. M. Wieser hat daran maßgeblich mitgearbeitet. Für die duale Ausbildung des Chemie-, Biologie- und Lacklaboranten wurde ein neues Strukturmodell entwickelt, bei dem eine gemeinsame Basisqualifikation Platz greift, dann berufsspezifische Pflichtinhalte sowie Wahlqualifikationseinheiten absolviert werden müssen. Der Ausbildungsrahmenplan der drei Berufe berücksichtigt auch die weltweite Initiative "Responsible Care" der chemischen Industrie, in dem die Aspekte Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit, Umweltschutz, qualitätssichernde Maßnahmen, Kundenorientierung sowie Wirtschaftlichkeit im Labor besondere Beachtung gefunden haben. Auch bei den Produktionsberufen Chemikant und Pharmakant wird das System von Wahlqualifikationseinheiten realisiert - die Neuordnung wird voraussichtlich im Jahr 2001 in Kraft treten.

In einer Informationsveranstaltung wurden Details der Neuordnungen vermittelt und Background-Zusammenhänge aufgezeigt.

Auf die berufliche Weiterbildung als Schlüsselfunktion für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben wurde schon hingewiesen. Die Dynamik der technischen und wirtschaftlichen Veränderungen erzwingt die kontinuierliche Aktualisierung und Weiterentwicklung von beruflichen Qualifikationen - auch die weiter sinkenden Halbwertszeiten des Wissens machen dies unabdingbar. Die technischen und wirtschaftlichen Veränderungen wie auch die zunehmende Internationalisierung der Geschäftsbeziehungen erfordern flexible Anpassung und kontinuierliche Weiterentwicklung beruflicher Qualifikationen in allen Bereichen. Auch die berufliche Weiterbildung muss eine internationale Ausrichtung erfahren.

Die Bayerischen Chemieverbände werden der notwendigen zukunftsorientierten Weiterentwicklung der Bildung Rechnung tragen und ihr Angebot auf diesem Sektor erweitern.

Ehrenmitglieder (VBCI und LV-VCI)

Ekkehard Maurer, Icking
Dr. Karl Wamsler, Pöcking

Vorstand (VBCI und LV-VCI)

Prof. Dr. Wilhelm Simson, München (Vorsitzender)

Matthias M. Baltisberger, Penzberg	Dr. Jürgen F. Kammer, München
Dr. Peter Bekk, Pullach	Dipl.-Bw. Werner Sassenrath, Oberschleißheim
Karl Gerhard Engels, München	Dr.-Ing. Ernst Sommer, Burgkirchen
Prof. Dr. Utz-Hellmuth Felcht, Trostberg	
Assessor Albert Franz, Obernburg	

Gesellschafts- und Tarifpolitischer Ausschuß (VBCI)

Assessor Albert Franz, Obernburg (Vorsitzender)

Alfred Bach, München	Dr. Hartmut Last, Bobingen
Dipl.-Ing. Günter Bechberger, Burghausen	Dr. Wolfgang Muhs, Pullach
Dr. Knut Hartmann, Bobingen/Gersthofen	Dipl.-Bw. Meinolf Pousset, Trostberg
Dipl.-Ing. Manfred Hillenbrand, Hallstadt	Dr. Hermann Teufel, Gersthofen
Dr. Bernhard Hofmann, Ismaning	Volker Woyke, Vohburg
Wil Ernst Huth, Starnberg	

Beirat (LV-VCI)

Dr. Heiko Böhme, Geretsried	Franz Miller, Augsburg
Dr. Walter Fritsch, Burghausen	Dr. Wolfgang Muhs, Pullach
Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach	Dr. Germán Paul, München
Silvio Claudio Gabriel, Nürnberg	Dipl.-Bw. Meinolf Pousset, Trostberg
Dr. Knut Hartmann, Bobingen/Gersthofen	Dr. Robert Römer, Burghausen
Manfred Hoffmann, Neuburg	Dr. Heinz-Gerd Smolka, Illertissen (bis Dez. 1999)
Dr. Hartmut Last, Bobingen	Dr. Rudolf Staudigl, München
Dr. Klaus von Lindeiner, München (bis Juni 2000)	Dr. Peter-Alexander Wacker, München

Wirtschaftspolitischer Ausschuß (VBCI)

Dr. Günter von Au, Burghausen	Dipl.-Kfm. Dieter Poech, Trostberg
Alfred Bach, München	Dr. Michael Rosenthal, München
Dipl.-Ing. Rolf J. Dürschmidt, Regensburg	Dr. Wolfgang Schnell, München
Dr. Peter Ehrentraut, Neu-Ulm	Wolfgang Schumann, Geretsried
Dr. Walter Fritsch, Burghausen	Dr. Hermann Teufel, Gersthofen
Dipl.-Ing. Hans Heß, Nürnberg	Dipl.-Kfm. Gerhard Witzany, Schwandorf
Dipl.-Kfm. Alfred Höf, München	Volker Woyke, Vohburg
Peter Kurz, Fürth	Dipl.-Kfm. Hans-Jürgen Zippel, Ismaning

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuß (VBCI)

Hubert Friedmann, Penzberg (Vorsitzender)

Dipl.-Bw. Paul Altmann, Schwandorf
Dr. Klaus Blum, München
Uwe Dittrich, Töging (bis Mai 2000)
Reinhard Franetzki, Gersthofen
Dipl.-Wirtschaftsing. Joachim Fütterer,
Obernburg
Bernhard Gerstenberg, München
Ronald Hönsch, Trostberg
Karola Japke, Bobingen
Herbert Käbler, Burgkirchen
Assessor Hermann Kahlich, München
Hans-Dieter Klingspon, Bruckmühl
Assessor Hanno Krause, Burghausen
Assessorin Gabriele Kutz-Wenzel, Pullach
Heinz Löhr, Vohburg

Dipl.-Bw. Raimund Mayer, München (bis April 2000)
Jochen Müller, Hallstadt
Dipl.-Oec. Wolf Ottmann, Höllriegelskreuth
Dr. Erich Reich, Kirchheim
Dipl.-Päd. Josef Reil, Burgkirchen
Martin Reil, Neustadt
Michael Schaffer, München
Dr. Jürgen Schneider, Nürnberg
Prof. Dr. Karlheinz Schüssler, München
Lutz Steinmetz, Neu-Ulm (bis Sept. 1999)
Dipl.-Bw. Dieter Tausend, Peißenberg
Hajo Timpke, Ismaning
Jürgen Uhrhan, Burghausen
Assessor Walter Vogg, München
Assessor Gerd Winnefeld, Burghausen

Ältestenrat (VBCI) Ekkehard Maurer, Icking (Vorsitzender)

Dr. Hans Baur, München
Carl Hans Dürschmidt, Kitzbühel
Dr. Friedhelm Finke, Icking
Dipl.-Ing. Wolf Dietrich Frowein, Prien
Dr. Helmut Gruber, Burghausen
Dr. Hans Georg Haas, Harthaus
Dr. Carl Ernst Hofstadt, Höllriegelskreuth
Dr. Werner Kalb, München
Dr. Emil Kinzinger, Neusäß
Senator h.c. Günther Klinge, Grünwald

Dr. Friedrich Lambert, Obernburg
Dr. Alfred Pfeiffer, Trostberg
Dipl.-Kfm. Rudolf Ribka, Obernburg
Dr. Walter Ringer, Lenggries
Dr. Oskar Roscher, Burghausen
Dipl.-Kfm. Rudolf Schleicher, Icking
Dr.-Ing. Heinrich Schubert, Augsburg
Dr. Albert Thalhofer, Neusäß
Dr. Karl Wamsler, Pöcking
Dr. Günter Weiland, München

Arbeitskreis / Vorsitz

Berufsausbildung (VBCI) Dr. Michael Wieser, Burghausen

Umweltfragen (LV-VCI) Dr.-Ing. Ernst Sommer, Burgkirchen

Energiepolitik (LV-VCI) Horst Gehrcke, Vohburg (bis Febr. 2000)
Volker Woyke, Vohburg (ab März 2000)

Öffentlichkeitsarbeit (LV-VCI) Matthias M. Baltisberger, Penzberg

Kunststoff-Recycling (LV-VCI) Dr. Werner Frey, Ismaning

Nachwachsende Rohstoffe (LV-VCI) Dr. Heinz-Gerd Smolka, Illertissen

Forschung – Bio- und Gentechnik, Katalyse (LV-VCI) Dr. Rudolf Staudigl, München

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern

Vorsitz: Dipl.-Bw. Werner Sassenrath, Oberschleißheim

Verband der Lackindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern

Vorsitz: Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach

Geschäftsführung (VBCI und LV-VCI)

Hauptgeschäftsführer: Dr. jur. Peter Umfug

Geschäftsführer (VBCI):
Assessor Helmut Köhnlein
Franz Xaver Völkl

Referenten (VBCI):
Assessorin Christiane Hönig-Achhammer
Assessor Holger Kaiser
Assessor Stefan Mößner
Robert Schuder

Geschäftsführer (LV-VCI):
Dr. rer. nat. Josef L. Geller